

PROTOKOLL

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses der Gemeinde Hilter a.T.W. am 22.11.2012 im Sitzungssaal des Rathauses, Osnabrücker Str. 1, Hilter a.T.W.

Anwesend waren:

Bürgermeister

Herr Wellinghaus

Ausschussvorsitzender

Ausschussvorsitzender Schulte-Uffelage

Ratsmitglieder

Ausschussmitglied Dütemeyer

Ausschussmitglied Kappelmann

Ausschussmitglied Krüger

Ausschussmitglied Pohlmann (ab 17:05 Uhr)

Ausschussmitglied Vogelsang

stellv. Ausschussvorsitzender Wiesmeier

von der Verwaltung

Herr Rüter

Herr Sommer

Protokollführerin

Frau Schneider

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Die Mitglieder des Finanzausschusses waren am 08.11.2012 schriftlich unter Mitteilung der folgenden Tagesordnung eingeladen worden:

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Haushaltsplanberatungen 2013 einschl. Finanzplanung
4. Abbildung von Kennzahlen im Haushaltsplan
5. Grundsatzbeschluss zur Darlehensaufnahme 2013
6. Bericht über den Stand der Gemeindefinanzen
7. Mitteilungen und Anfragen

Zu TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

AV Schulte-Uffelage eröffnet die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zu TOP 2: Einwohnerfragestunde

Keine.

Zu TOP 3: Haushaltsplanberatungen 2013 einschl. Finanzplanung

Herr Sommer gibt den Finanzausschussmitgliedern einen Überblick über den Haushalt 2013.

Im Bereich der Finanz- und Steuerverwaltung sind Aufwendungen und Erträge in gleicher Höhe aus dem Vorjahr übernommen worden. Lediglich die Personalaufwendungen wurden um 9.400 € auf 256.600 € angepasst.

Die Einnahmen aus den Konzessionsabgaben belaufen sich im Jahr 2013 für die Elektrizitätsversorgung auf 350.000 € und für die Gasversorgung auf 15.000 €.

Im Produkt Wirtschaftsförderung wird der Ansatz für Zinsen und Tilgung des Treuhandkontos für das Gewerbegebiet Ebbendorf von 80.000 € auf 100.000 € angehoben. Die höheren Beträge kommen dem Treuhandkonto zugute.

Der für die Haushaltsplanungen vorgesehene Orientierungsdatenerlass des niedersächsischen Innenministeriums gibt eine Planungsgrundlage vor und sieht im Produkt „Steuern und sonstige Abgaben“ bei der Grundsteuer A und B eine Steigerung von 3,1 % und bei der Gewerbesteuer von 4 % vor. Die Haushaltsansätze wurden den kommunalen Gegebenheiten angepasst. Der Ansatz bei der Grundsteuer A und B wird um 0,17 % auf 1,296 Mio. € reduziert. Die Gewerbesteuer dagegen um 15,90 % erhöht und mit 5,1 Mio. € im Haushaltsplan veranschlagt. Die Steigerung ist entsprechend des derzeitigen Aufkommens sowie der Prognose für das kommende Jahr eingeplant.

Herr Sommer geht kurz auf die Zusammensetzung des Gewerbesteueraufkommens ein. Die jeweils in einem Jahr veranlagten Gewerbesteuern ergeben sich durchschnittlich aus ca. 25 % der tatsächlichen Abrechnungen und die anderen 75 % basieren auf den Vorauszahlungen.

Bei den Einkommensteueranteilen wurde der Ansatz mit 3.320.000 € (+4,42 %) berücksichtigt und liegt damit nur knapp über dem Aufkommen des aktuellen Haushaltsjahres. Der Arbeitskreis der Steuerschätzung geht von einer Steigerung der Bruttolohnsummen von 2,6 % bis 3,8 % aus.

Auf Grund der relativ hohen Gewerbesteuereinnahme in 2012 entfallen in 2013 weiterhin die Schlüsselzuweisungen. Des Weiteren ist eine Finanzausgleichsumlage i.H.v. 148.000 € zu entrichten. Hierfür wurden in gleicher Höhe Rückstellungen gebildet. Die Höhe des Finanzausgleichs wird durch ein zeitlich verzögertes Steueraufkommen ermittelt. Für die Berechnungsgrundlage 2013 wird das Steueraufkommen des 4. Quartals 2011 und das 1.-3. Quartal 2012 zugrunde gelegt. Die hierfür gebildeten Rückstellungen stellen die periodengerechte Zuordnung dar.

Die Kreisumlage beläuft sich in 2013 auf 4,06 Mio. €. Die Gewerbesteuerumlage, die nach dem tatsächlichen Gewerbesteueraufkommen berechnet wird, ist im Haushalt 2013 mit 950.000 € berücksichtigt worden. Für den „Entschuldungsfonds“ wurde ein Ansatz von 22.000 € gebildet.

Das Produkt der sonstigen allgemeinen Finanzwirtschaft umfasst alle Zahlungen, die am Kreditmarkt getätigt werden. In diesem Bereich sind die Zinsaufwendungen für langfristige Darlehen mit 410.000 € veranschlagt. Für eventuelle Liquiditätskredite wurde ein Ansatz für Zinsaufwendungen i.H.v. 10.000 € gebildet. Die Zinserträge werden mit 7.000 € eingeplant. Mit mehr Zinseinnahmen kann man aus heutiger Sicht nicht rechnen.

Eine Darlehensaufnahme ist in 2013 i.H.v. 525.000 € eingeplant. Da in gleicher Höhe Tilgungen geleistet werden, entsteht keine Neuverschuldung.

Im weiteren Verlauf stellt Herr Sommer dem Finanzausschuss die Veränderungen in den einzelnen Fachausschüssen vor.

Im Schul- und Kulturausschuss wurde der Ansatz „Investitionsbudget Realschule Hilter“ um 10.000 € auf 17.700 € erhöht. Für die technische Modernisierung der Klassenräume werden in den Jahren 2013-2015 jeweils 10.000 € bereitgestellt.

Aufgrund der Beratungen im Betriebs- u. Feuerwehrausschuss wird für den Umbau des Feuerwehrhauses in Hilter der Gesamtansatz auf 950.000 € erhöht. Davon sind in 2013 und 2014 jeweils 350.000 € und in 2015 200.000 € vorgesehen. Planungskosten i.H.v. 50.000 € waren bereits in 2012 veranschlagt. Für die gesetzlich vorgeschriebene Umrüstung auf Digitalfunk sind im Jahr 2016 50.000 € bereitgestellt worden. Da der TLF 16/25 mittelfristig ersatzbeschafft werden muss, wurden hierfür ebenfalls in 2016 320.000 € in die Finanzplanung eingesetzt.

Im Bauausschuss wurde die Maßnahme „Erneuerung `Im Ellerbruch`“ von 2013 auf 2014 verschoben (Ansatz: 215.000 €).

Für den Endausbau des Gewerbegebietes „Ebbendorf“ wird ein geschätzter Ansatz von 400.000 € in die Finanzplanung aufgenommen. Durch den Verkauf eines Großteils der Grundstücke stehen in den Jahren 2014 und 2015 die Ausbauarbeiten an.

Die energetische Sanierung der Westfassade der Realschule i.H.v. 240.000 € wird vorerst aus der Finanzplanung genommen. Die in 2014 veranschlagte Maßnahme könnte nach dem derzeitigen Stand nur über eine der Tilgung hinausgehenden Darlehensaufnahme finanziert werden, so dass es zu einer Nettoneuverschuldung kommen würde.

Der Finanzhaushalt 2013 wird voraussichtlich mit einem Kassenbestand von 1,036 Mio. € abschließen. Der Ergebnishaushalt wird mit -210.700 € geplant. Das Defizit ist u.a. auf die hohen Umlagen und den Wegfall der Schlüsselzuweisungen zurückzuführen.

Abschließend trägt Herr Sommer vor, dass im gesamten Finanzplanungszeitraum trotz fehlender Finanzausgleichszahlungen und der anstehenden Finanzausgleichsumlage ein ausgeglichener Haushalt erwartet wird. Ein Haushaltssicherungskonzept ist deshalb nicht aufzustellen. Zudem ist keine bzw. nur eine minimale Nettoneuverschuldung geplant, obwohl

solche hohen Investitionen wie Straßenausbau, Krippenbau und Feuerwehrgebäude anstehen. Das konstant hohe Investitionsniveau zerrt allerdings an der Liquidität.

AV Schulte-Uffelage erwähnt, dass trotz guter Einnahmen keine Entschuldung erreicht wird. Nichtsdestotrotz sind Investitionen wichtig. Hierbei muss man aber immer die wirtschaftliche Seite berücksichtigen.

Frau Vogelsang bittet um eine Wirtschaftlichkeitsberechnung der energetischen Sanierung für die Nord- und Westfassade der Realschule Hilter. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Kappelmann findet es bedauernd, dass die eine Hälfte der Realschule bereits saniert ist und die andere Hälfte mindestens noch drei weitere Jahre auf die Sanierung warten muss.

Auf die Nachfrage von Herrn Dütemeyer, wieso der Ansatz für das Gewerbegebiet „Ebbendorf“ in die Finanzplanung mit aufgenommen wurde, antwortet Herr Wellinghaus, dass auf der einen Straßenseite das letzte Grundstück bereits verkauft wurde und wird spätestens Anfang 2014 bebaut sein. Sobald das letzte Grundstück bebaut ist, kommt die Gemeinde in die Pflicht den Endausbau zu tätigen.

Herr Wiesmeier wundert sich über die Diskrepanzen bei den Konzessionsabgaben. Für den Strom bekommt die Gemeinde 300.000 € und für das Gas lediglich 15.000 €. Er wünscht sich eine Lösung zu finden, solchen Unverhältnismäßigkeiten aus dem Weg zu gehen.

Herr Wellinghaus erklärt, dass die Höchstbeträge für das Gas in einem Vertrag festgelegt werden. Diese sind gesetzlich in einer Konzessionsverordnung geregelt und können nicht ohne Weiteres geändert werden.

Herr Kappelmann erkundigt sich nach den neuesten Erkenntnissen im Bereich des Krippenbaus und fragt an, ob die Kosten von 465.000 € angemessen seien.

Herr Rüter erläutert, dass die Kostenschätzung auf Grund einer tatsächlich durchgeführten Ausschreibung in einer Nachbargemeinde erfolgt sei. Es müsse überlegt werden, evtl. von dem vorhandenen Baustil abzuweichen und dadurch Kosten zu senken. Die Mitteilung des Kirchenkreisamtes stehe noch aus.

AV Schulte-Uffelage gibt bekannt, dass der Fachausschuss in Bezug auf den Krippenbau eine Kostengrenze ziehen und eine endgültige Entscheidung treffen muss.

Herr Kappelmann wundert sich über die Sprünge bei der Gewerbesteuerschätzung und fragt, ob man nicht vorsichtiger planen sollte.

AV Schulte-Uffelage erwähnt, dass die Gewerbesteuer auf Prognosen und Schätzungen basiert. In 2012 lag die Gewerbesteuereinnahme mit 5,6 Mio. € über der Prognose (Ansatz: 4,4 Mio. €).

Herr Dütemeyer (CDU/FDP) stellt den Antrag, für den Umbau des Feuerwehrhauses in Hilter einen Anteil i.H.v. 150.000 € aus 2014 ins 2015 vorzuschieben. Damit ist der Ansatz von 950.000 € wie folgt aufgeteilt: 2012 (50.000 €), 2013 (500.000 €), 2014 (200.000 €) und 2015 (200.000 €).

Dieser Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

Der Finanzausschuss stimmt dem Ergebnis- und Finanzhaushalt 2013 einschließlich der vorgetragenen Veränderungen in den einzelnen Fachausschüssen sowie dem Antrag von Herrn Dütemeyer zu.

Es wird folgender Beschlussvorschlag gefasst:

„Die Haushaltssatzung der Gemeinde Hilter a.T.W. für das Haushaltsjahr 2013 wird in der bereits versandten Form beschlossen“.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Zu TOP 4: Abbildung von Kennzahlen im Haushaltsplan

Herr Sommer erwähnt, dass der Gesetzgeber vorschreibt, in jedem Teilhaushalt Kennzahlen zur Zielerreichung einzuführen. Diese sollen anschließend zur Grundlage von Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts genutzt werden. Der Finanzausschuss ist zu der Erkenntnis gekommen, dass für die „kleine“ Gemeinde Hilter a.T.W. es nicht sinnvoll erscheint, den Haushalt mithilfe von Kennzahlen zu planen. Einige Kennzahlen wären eher für die Informationsgewinnung und Steuerungsunterstützung interessant. Deshalb wurden nur wesentliche Produkte ausgesucht, die mit Kennzahlen behaftet sind. Zurzeit sind es Brandschutz (12612), Kindertagespflege (36110), Kindergärten (36511), Sportförderung (42111) und Steuern und allgemeine Zuweisungen (61110). Weitere Produkte (z.B. Schulen, Grundsteuer) können ebenfalls aufgenommen werden.

AV Schulte-Uffelage schlägt vor, in den Fachausschüssen mit den Produkten, für die Kennzahlen gebildet werden sollen, anzufangen.

Zu TOP 5: Grundsatzbeschluss zur Darlehensaufnahme 2013

Herr Sommer teilt mit, dass für das Jahr 2013, wie in den Vorjahren, ein Grundsatzbeschluss zur Darlehensaufnahme gefasst werden sollte.

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:


- a) „Der Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2013 ermächtigt, die Darlehensaufnahme in Höhe des in § 2 der Haushaltssatzung festgesetzten Gesamtbetrages abzuschließen. Die Zinsanpassungszeiträume sollten je nach Kapitalmarktlage ab 5 Jahre bis zum Laufzeitende gewählt werden. Der Zinssatz sollte nicht über 4,5 % p.a. liegen. Es ist das jeweils günstigste Angebot zu nehmen.“
- b) „Sämtliche im Haushaltsjahr 2013 anstehenden Zinsanpassungen können vom Bürgermeister vorgenommen werden. Die Zinsanpassungszeiträume sind wie unter a) zu wählen. Der Zinssatz sollte nicht über 4,5 % p.a. liegen.“

Zu TOP 6: Bericht über den Stand der Gemeindefinanzen

Herr Sommer stellt die aktuellen Gemeindefinanzen vor. Die Gewerbesteuer beläuft sich zurzeit auf 5,6 Mio. €. Die Einkommensteueranteile sind mit 3,3 Mio. € (Ansatz: 3,185 Mio. €) verbucht. Die allgemeinen Umlagen an das Land belaufen sich auf knapp 700.000 € (Ansatz: 900.000 €). Bei den Unterhaltungsaufwendungen sind momentan 508.000 € verbucht (Ansatz: 726.000 €). Weitere Rechnungen werden noch bis Anfang 2013 kommen. Bei den Bewirtschaftungsaufwendungen stehen die Ausgaben mit 363.000 € (Ansatz: 437.000 €) in etwa fest.

Zu TOP 7: Mitteilungen und Anfragen

Keine.



Ausschussvorsitzender

Schneider
Protokollführerin



Bürgermeister

Aufstellung der Wärmeverbräuche der Realschule

Jahr	Jahresverbrauch		Jahreskosten		Jahresverbrauch witterungsbereinigt kWh	Verbrauch kWh / (m²/a)
	Hauptgeb. kWh	Erweiterung kWh	Hauptgeb. €	Erweiterung €		
2007	Gesamt	271.931	15.667		323.598	109,99
	Anteile	211.592	60.339	12.191		
2008	Gesamt	278.017	18.732		311.379	105,84
	Anteile	216.328	61.689	14.576		
2009	Gesamt	279.566	19.005		307.523	105
	Anteile	217.533	62.033	14.788		
2010	Gesamt	335.704	18.370		315.562	107,26
	Anteile	261.215	74.489	14.294		
2011	Gesamt	275.906	15.127		322.810	109,72
	Anteile	214.685	61.221	11.770		
Mittelwert	Gesamt	288.225	17.380			
	Anteile	224.271	63.954	13.524		
Bezugskosten lt. Ausschreibungs- ergebnis	Gesamt	288.225	15.161			
	Anteile	224.271	63.954	13.524		

Da die Süd.- u. Ostfassade bereits wärmedämmtechnisch auf einem aktuellen Stand sind, die Fenster des Lehrzimmers erneuert wurden, im Bereich der Nordfassade nicht stark beheizte Flure angrenzen und die Dachflächen nicht in der Kostenermittlung bezüglich der energetischen Maßnahme berücksichtigt wurden, sind Einsparpotentiale nach Aussage von Herrn Schätzel (Energieberater) in der Größenordnung zwischen 10 und 15 % zu erwarten.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Gaspreise ergeben sich folgende Zusammenhänge

Bezugskosten €	Einsparpotential		Einsparpotential		Amortisationszeit bei	
	%	€	€	Baukosten	270.000 €	
13.524 €	10	1.352 €			200 Jahre	
13.524 €	15	2.029 €			133 Jahre	